

Beilage zum „Merseburger Correspondent“.

№ 51.

Dienstag den 2. März 1909

35. Jahrg.

Deutschland.

(Hoya-Verden) Der Bahlausgang im hannoverschen Kreis Hoya-Verden-Sylt ist für die gemäßigten freisinnigen Parteien sehr erfreulich gewesen. Wenn man bedenkt, daß seit 1890, also seit 19 Jahren, die Freisinnigen, die damals 1840 Stimmen erzielten, überhaupt keinen Kandidaten mehr aufgestellt haben, so ist das sehr erregende Resultat von über 3000 Stimmen sehr respektabel zu nennen. Erreulich ist auch das völlige Versagen des Bundes der Landwirte, der trotz der Großsprecherien des Dr. Fahn, der schon ganz Hannover in der Tasche zu haben glaubt, nicht viel mehr Stimmen bekam, als der plötzlich aufgestellte freisinnige Kandidat. Die Nationalliberalen haben eine recht empfindliche Niederlage erlitten, Welsen und Sozialdemokraten dagegen gut abgeschnitten. In der Stichwahl dürfte der Welse v. Dannenberg sämtliche sozialdemokratische und sehr viele bürgerliche Stimmen erhalten. Das Schicksal der nationalliberalen Kandidatur Freilighsstadt liegt in den Händen der Freisinnigen.

(Zu welchen Ergebnissen unsere sogenannte „nationale Wirtschaftspolitik“ führt), das zeigt unter anderem sehr lehrreich der Geschäftsbericht der Gesellschaft „Königsberger Walzmühle“ für 1908. Darin heißt es: „Rußland hatte in den Jahren 1907 und 1908, speziell im letzteren Jahre vielfache Fehler in der Roggen- und Weizen-, während es sonst Verlierer war, in dem ganzen Jahre als Käufer unserer inländischen Roggens an. Auch Finnland und die skandinavischen Länder suchten Erfolg für den fehlenden russischen Roggen in preussischer Ware. Begünstigt durch das feste Einfuhrschuttsystem nahm der Roggenexport in unserer Provinz große Ausdehnung an und hob, da die importbedürftigen nordischen Ländern sich die Weizen- und Getreide, geschätzt durch Weizenhochpreise und unterstützt durch die Erleichterung des Exports von deutschem Roggen, fast andächtig vergrößert. Wir konnten aus vorliegenden Gründen von Januar bis Juni nur den Tagesbedarf ausreichen erhalten und stellen Anfang Juli bis zum Beginn der neuen Ernte den Betrieb ganz ein.“ — „Verrückung der inländischen Produktion, künstliche Forcierung ausländischer Industrien — das ist eine der gegenwärtigen Ursachen unserer „nationalen Wirtschaftspolitik“.

(Über die Telefon-Misere) wird der „S. C.“ von „leidender“ Stelle geschrieben: Man macht sich in Stressen, die nichts mit Ferngesprächen zu tun haben, keine Vorstellung von dem unfaßlichen, weltfremden und feindsinnigen Geist, der im Reiche Kräftes herrscht. Ganz besonders deutlich tritt dies in der Verwaltung des Reichs-Telephon-Monopols hervor. Jede neue Fernverbindung muß dem hl. Bureaufkratzen unter Kämpfen, Vorstellungen und Beschwerden abgerungen werden. Die stereotype Antwort auf Beschwerden über mangelnde Verbindung und Überlastung einzelner Leitungen ist: „Es mehr Leitungen wie legen, desto größer wird der Andrang, desto mehr will das Publikum telefonieren.“ Das „Amt“ betrachtet das wachsende Verkehrsbedürfnis der Industrie und Handelswelt geradezu als allzu große Begehrtheit, die in Schranken gehalten werden muß. Dem „Amt“ kommt nicht der Gedanke, daß neue Verkehrsmöglichkeiten neuen Verkehr schaffen und daß mit der Ausbreitung der Verbindungen die Einnahmen des Reichs-Telephon-Schaffens wachsen, worüber sich doch die Herren Sydow, Rheinbaben und zuletzt Willow im trüben Lichte der Reichsfinanznot nur freuen sollten.

(Auch ein Erfolg der preussischen Anschließungspolitik.) Die Polnische Parzellierungsbank in Posen hat im vergangenen Jahr 65 000 Morgen parzelliert. Das ist der höchste Stand, den sie während ihres 15-jährigen Bestehens überhaupt erreicht hat.

(Kaiserliche Marine.) Der R.-P.-D. „Meist“ ist mit dem Abfuhrtransport für „Blutpfote“ Vaterland“ auf der Austrie am 26. Februar in Hongkong eingetroffen und hat am 27. Februar die Reise nach Schanghai fortgesetzt. „Victoria Luise“ ist am 26. Februar in Lifobon eingetroffen und geht am 3. März mit dem Dampfer See im Kaiser-Wilhelm-Kanal fort. „Bremen“ ist am 26. Februar in Colon (Panama) eingetroffen und geht am 3. März von dort nach Port Limon (Mexiko) in See. „Luchs“ ist am 26. Februar in Schanghai eingetroffen. „Gondor“ ist am 27. Februar in Sydney eingetroffen. „Winaeta“ ist am 26. Februar in Danzig außer Dienst gestellt worden.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 27. Februar.)

Der Reichstag erlebte am Sonntag bei der fortgesetzten Beratung des Kolonialgesetzes ein seltsames Schauspiel. Sozialdemokratie und Zentrum als Lobredner der Regierungspolitik und als Verteidiger des Staatssekretärs gegenüber den Angriffen der Rechten! Redner Sand, linker Hand, alles verachtend... Abg. Eichhorn (Soz.) billigte den Standpunkt des Staatssekretärs und des Gouverneurs v. Bredenberg gegenüber den Wünschen der meisten Bevölkerung in Ostafrika, die nur auf Ausbeutung und Unterdrückung der Eingeborenen ausgehe. Und Abg. Erzberger (Ztr.), der früher einer der besthitzten Gegner der Kolonialverwaltung war, forderte heute den Staatssekretär auf, den eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen, weil er damit für die meisten des Reiches am wenigsten gelangen strebe. Natürlich unterließen es beide Redner nicht, nebenbei alterhand Wünsche und Beschwerden vorzutragen, und insbesondere der sozialdemokratische Redner schloß mit einer entzündlichen Beurteilung der Kolonialpolitik überhaupt, die mit der vorangehenden Zustimmung zu der Haltung v. Bredenbergs seinen Fortschritt. Auf den Genannten sprach nur noch Abg. Dr. Vering (nl.), der sich über eine Reihe kolonialer Fragen eingehend äußerte und besonders die Besetzungspolitik besprach. — Die Weiterberatung wurde schließlich am Montag vertagt.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 27. Februar.)

Das Abgeordnetenhaus begann am Sonntag die Beratung des Gesetzes über die Revision des Zaren. Bei den Ausgaber wurde zunächst eingehend über die sogenannte nordrussische Frage verhandelt. Die Abg.-Schiffers von der nationalliberalen, Johansen von der freikonserativen, Graf v. Reventlow von der konservativen Fraktion und Graf Woltke von der freikonserativen Partei legten ihre Vorstellungen der bündischen Agitation und verlangten Maßnahmen von der Regierung. Der Minister des Innern, v. Moltke, erklärte, daß auch nach seiner Ansicht sich die bündisch sprechende Bevölkerung von den Deutschen immer mehr absondere und deshalb eine Unterdrückung der deutschen Elemente in Nordrussland erforderlich sei. Die Regierung wolle nur allen Dingen dafür sorgen, daß die heranwachsende Jugend dem Deutschtum erhalten werde. Es sollten Maßnahmen getroffen werden, um dem überzogen deutschen Grundbesitzes in bündische Hände zu tun. Der Standpunkt der Zaren vertrat der bei der letzten Debatte gewählte Abgeordnete v. Moltke. Im weiteren Verlauf der Debatte kam der konservativen Führer Dr. v. Heppbrand auf den Fall Schilling zurück. Er erklärte, daß Bürgermeister Schilling an sich die Konventionen nicht interessiere, da er nicht aus politischen Gründen gemindert sei. Er müsse es aber mitteilen, daß die Regierung während der Verhandlung in der „Rhein. Zig.“ erklärt habe, daß der Regierungsrat große Fehler gemacht habe. Ebenso könne seine Partei es nicht billigen, wenn etwa die Beurlaubung des Regierungspräsidenten durch die Mischheit auf die Mischheit erfolgt sei. Der Minister des Innern v. Moltke erwiderte, daß er auf den Fall Schilling nicht eingehen könne, weil das Disziplinarverfahren noch schwebt. Wenn er Mitteilungen in die Presse habe gelangen lassen, so habe er es nur getan, weil er sich wirklich in einer gewissen Verlegenheit befunden habe. Er müsse aufpassen, daß irgendwem vom Reich aus ein Druck auf ihn ausgeübt werde. Er habe sich lediglich vom Standpunkt der Objektivität in der Angelegenheit leiten lassen. Es sprachen dann noch der Abg. Kleiner vom Zentrum und der Sozialdemokrat Hirsche. Am Montag wird die Beratung fortgesetzt.

Volkswirtschaftliches.

(Seit dem 1. Januar ist, so schreibt man uns, in Neu-Süd-Wales ein Mindestlohngesetz in Kraft getreten, das sich auf Arbeiter und Geschäftsmänner erstreckt. Der Mindestlohn beträgt 5 Schilling = 2 Mk.) die Woche, Arbeitstagen, die über 48 Stunden in der Woche hinausgehen oder nach 3 Uhr abends geteilt werden, gelten als Überstunden. Für Geschäftsangestellte ergeben sich Überstunden, sobald sie länger als eine halbe Stunde über die durch das Bundesgesetz festgesetzte Zeit hinaus beschäftigt werden. An männliche Angestellte unter 16 Jahren, sowie an weibliche Angestellte sind für jede Überstunde mindestens 3 Pence (= 25 Pf.) zu zahlen. Die Auszahlung des Überstundenverdienstes muß mindestens monatlich erfolgen. Außerdem ist den genannten Angestellten an jedem Tage, an dem Überstundenarbeit anzusetzen ist, ein Erleichterungsgeld von 6 Pence sofort auszugeben. Über die genannten Überstunden sind Aufzeichnungen zu führen, die den Gewerbesteuerinspektoren auf Verlangen vorzulegen sind. Das Gesetz richtet sich hauptsächlich gegen die übermäßige Ausnutzung jugendlicher Arbeiter und Angestellter, sowie der weiblichen Angestellten. Auch den Schenkerbetrieben in der Schminthure soll durch das Gesetz entgegengetreten werden. Zu den Parlamentenverhandlungen kam zum Ausdruck, daß die Hoffnung bestehe, wenigstens die ärgsten Mißstände durch das Gesetz zu beseitigen und daß beabsichtigt sei, die Mindestlöhne zu erhöhen, sobald Erfahrungen mit dem Gesetz gemacht seien. In einer Reihe außerordentlicher Staaten besteht schon länger ein Mindestlohngesetz. So beträgt der Mindestlohn in Ostafrika und Queensland 2 Schilling 6 Pence, in Süd-Australien 4 Schilling und in Neu-Seeland 5 Schilling.

(Die Hauptergebnisse der Viehzählung für Deutschland von 2. Dezember 1907 sind jetzt vom kaiserlichen Statistischen Amt zusammenestellt worden. Danach betrug die Zahl der Pferde einschließlich der Muttarpferde überhaupt 4 345 043. Auf Preußen kommen davon 3 046 304. Das bedeutet gegen das Jahr 1904 eine Zunahme von über 200 000 Stück. In Preußen wurden gezählt 2 035 544 Stück, von denen 1 201 184 auf Preußen entfallen. Von den 2 035 544 Stück sind 1 100 000 Stück in Deutschland waren etwa 11 Mill. Kühe, fast 2 Mill. Kälber bis zu drei Monaten und nahezu 6 1/2 Millionen Stück Jungvieh bis zu zwei Jahren. In

Schweden waren 2 146 532 (in Preußen 14 Millionen) Stück vorhanden, davon rund 19 Millionen (13 Millionen) unter einem Jahr alt. Die Zunahme der Schwäne gegenüber 1904 beträgt über 322 888 Stück. Es gab 54 000 Schafe, davon 77 (64) Millionen, davon 5,3 (3,7) Millionen ein Jahr alt und älter. Ziegen waren rund 3,5 (2,2) Mill. vorhanden. Esel 10 340 (6473), Maultiere 942 (60) Stück. In Schweden gab es im ganzen 77 (47) Mill. Stück, darunter waren 67 (40) Millionen Schafe. Die Zahl der Bienenstöcke betrug 2,6 (1,5) Millionen.

Provinz und Umgegend.

† Halle, 28. Febr. Der städtische Finanzausschuß beschloß die Aufnahme von 2 Millionen 4 proz. Stadtanleihe und die Bewilligung von 3000 Mk. zum Empfang der englischen Geschäftsleute, die bei ihrem Besuche in Deutschland die französischen Stiftungen hier selbst beschicken wollen.

† Torquay, 1. März. Die städtischen Behörden haben mit den Vorarbeiten zur Neuregelung der Scher- und Beamtengelder eine gemischte Kommission beauftragt. Zur Deckung der durch nachzahlbare Gehälter und Wohnungsgelder, sowie infolge des Mehrbedarfs sind etwa 50 000 Mk. erforderlich. Die städtischen Behörden haben an das Herrenhaus eine Petition gerichtet, in der sie sich für die Verhinderung der Städte durch das neue Gehaltsabzugsverfahren wenden.

† Bernburg, 1. März. In selbstdenklicher Absicht sprang hier eine besser gekleidete Dame in die Saale, wurde aber durch den Bootbesitzerer Drammfelder aus dem Wasser gerettet und unter eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet. Drammfelder ist bereits im Besitz der Rettungsmédaille.

† Erfurt, 1. März. Ein Gemütskranker scheint der Versicherungsgesellschaft zu sein, der sich hier mit seiner Geliebten erschließen wollte, sich dann aber feige vor der Konsequenz seiner Handlungsrückkehr fühlte. Er erklärte in seiner Justiz, mit der er sein trauriges Verhalten in der Presse rechtfertigen will: „Ich und meine Frau (die 18-jährige Tochter eines Klempnermeisters) hatten den Entschluß gefaßt, zusammen in den Tod zu gehen, um unsere beiderseitige Ehre und Ansehen zu retten.“ Das Mädchen hatte sich in der Verzweiflung vor seinen Augen erschossen. Als sie in seinen Armen gestorben war, zog es der „bedenkenwürdige“ junge Mann vor, seine Ehre auf andere Weise zu reparieren und sich nicht vor dem Leben zu fürchten. Der Tod des jungen, blühenden Mädchens scheint auf den Brauen, dessen Verhalten doch seine Frau zu dem verzeihlichen Schritt geführt hatte, sehr wenig Eindruck gemacht zu haben.

† Magdeburg, 28. Febr. Am 1. März d. J. wird, wie die Eisenbahndirektion mittels der Triebwagenverkehr auf den Strecken Wittenberg-Bernburg, Worbis-Mansfeld und Gitter-Stahfurt eröffnet werden. Die Entsendung der Triebwagen bedeutet eine erhebliche Verbesserung des Fahrplans.

† Bernburg, 27. Febr. Beim Umzug der Töchterschülerinnen aus der alten in die neue Schule hat sich eine heitere Episode zugetragen, die es verdient, bekannt zu werden. Der Ordinarius einer Klasse sagte zu den Schülerinnen, nun, meine Kinder, jetzt wollen wir von dem alten Haus Abschied nehmen, das wir vielleicht nie wieder betreten werden. Da sagte ein kleines Mädchen zu ihren benachbarten Schülerinnen: „Na, na, hier kommt doch das Standesamt her!“ Darob natürlich allgemeines Gelächter. Man hielt daraus, eine große Rolle das Standesamt in der Hinsicht seiner Mädchen spielt.

† Jena, 1. März. Für die Erhaltung der Cambsdorfer Brücke erließen die Professoren Haedel, von Bardeleben und Wiedemann einen Aufruf. Die Cambsdorfer Brücke ist die älteste Brücke Deutschlands.

† Gera, 1. März. Einen guten Fang machte die hiesige Polizei, indem sie drei Einbrecher, die nachts in das Kontor einer hiesigen Typographischen eingedrungen waren, dingfest machte. Die Diebstahls, welche im Alter von 17 bis 19 Jahren sieben, waren mit Neulöwen bewaffnet, die sie aber angeblich der Übermacht der Polizei nicht in Anwendung zu bringen wagen. Die Einbrecher stehen ungewisshaft mit Komplizen außerhalb Geras in Verbindung. Eine Spur soll nach Leipzig führen.

† Dresden, 27. Febr. König Friedrich August hat heute kurz vor dem Antritt seiner Seereise noch einen Gnadenakt vollzogen. Nach Anhörung des Vortrages des Vertreters der Justiz beauftragte der Monarch das vom Dresdener Schwurgericht wegen Ermordung des eigenen 7 Monate alten Kindes zum Tode verurteilte Dienstmädchen Frieda Helm aus Dohna zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe.

Der Bezirksrat der Freisinnigen Volkspartei

fand am vergangenen Sonntag in Halle statt. Die Beteiligung war eine überaus rege; auch aus Merseburg nahm eine große Anzahl Parteifreunde an den Verhandlungen den lebhaftesten Anteil.

Das Hauptinteresse des Bezirksrates konzentrierte sich auf die Delegiertenfrage, die etwas über drei Stunden in Anspruch nahm. Als Vertreter der Parteileitung waren der Senior der Partei, Herr Partelleitung waren der Senior der Partei, Herr Reichs- und Landtagsabgeordneter Geh. Kultusrat Träger und der Reichstagsabgeordneter des Weisenfels-Naumburg-Bezirk Wahlkreises Herr Rektor Sommer, ein auch hier nicht unbekannter Politiker, delegiert. Als Vertreter des Landes in Folge von Überarbeitung plötzlich erkrankten Vorliegenden des Bezirksverbandes, Herrn Reichs- und Landtagsabgeordneten Schmidt-Halle, leitete der Stellvertreter, Herr Stadtrat Richter, die Verhandlungen. Nach einer herzlichen Begrüßungsansprache folgten die Berichte der Delegierten über die parteipolitische Tätigkeit in den Wahlkreisen Weisenfels-Naumburg-Bezirk, Merseburg-Querfurt, Torquar-Wienewerda, Sangerhausen-Edertalberg, Bitterfeld-Deitzsch, Mansfelder See- und Gebirgskreis und Halle-Saalkreis. Nach einer lebhaften Besprechung, in der mancherlei neue Anregungen für die fernere Tätigkeit in Parteinteressen, sowie zur Förderung des gesamten Liberalismus gegeben wurden, fanden die gestellten Anträge einstimmige Annahme. Wir wollen wünschen, daß ein aus allen Wahlkreisen zum Ausdruck gebrachte Hoffnungs- und Zuversicht des liberalen Gedankens bereichert Zeugnis ablegt, sich in reichstem Maße erfüllt und zur Wirklichkeit wird. Im Interesse unseres geistigen Vaterlandes kann dies nur mit Freuden begrüßt werden!

Nach der Delegiertenfrage fand ein gemeinsames Mittagessen im Reichshof statt, dem sich später eine impulsive liberale Versammlung in den Kaiserpalast angeschlossen. Die Leitung dieser Versammlung hatte Herr Stadtrat Richter übernommen. In herzlichen Worten begrüßte er die zahlreiche Zuhörerschaft und dann die beiden Redner des Tages, den trotz seiner 79 Jahre noch jugendlich frischen Abg. Albert Träger, der zurzeit der älteste Abgeordnete des Reichstages ist, und den tapferen und redgewandten Kämpfer freisinniger Anschauungen Abg. Rektor Sommer-Burg. Eine gewaltige Menschenmenge, unter der man auch eine Anzahl Damen beobachten konnte, hatte den großen Saal gefüllt; auch der Balkon war durchgehend mit Leuten besetzt, die die Versammlung durch zwei Polizeibattalions überwachet wurde.

Zuerst sprach der Abg. Träger, der, geschmückt mit einer roten Nelke, in der ihm eben scharf pointierten Weise eine folgendes ausführte:

Der Himmel und die Landschaft des heutigen trübten Wintertages sind das genaue Spiegelbild der momentanen politischen Situation. Wie in der Natur, so herrscht auch in politischen Kreisen Fühlungslosigkeit. Der Liberalismus wird schon wiederholt als getötet, ihn wurden manche Hoffnungen gesetzt, und trotz heftiger Kämpfe hat er seit 50 Jahren doch nur verhältnismäßig wenig Erfolge errungen. Daran sind wir aber selbst schuld; wir haben nicht immer gutes politisches Wetter gemacht. In der letzten Verwirrung, deren Ausgang unabweisbar ist, suchen die anderen Parteien Vorteile bei den Liberalen. Diese leisten in den Leistungen nicht nach, sie tun immer wieder auf ihren alten Pfad zurückzuführen. Das geht aber nicht so weiter. Bei der letzten Reichstagswahl rief uns der Reichstagsführer auch herbei und zeigte in viele liberale Gedanken, daß wir am Zustandekommen des Blochs nach besten Kräften mitwirken. Der Bloch ist ein recht menschliches Gebilde, man kann sich dabei alles und auch nichts vorstellen. Aber wir wollen in ihm mit unseren festen Prinzipien mit anderen Parteien zusammenwirken. Wir brachten im Landtag und im Reichstag die dringendste Forderung des Liberalismus: die Änderung des Wahlrechts in Preußen, ein. Da erheben wir unsere Stimmen. Am 10. Januar v. J. fand die Abgabe in einer Form, wie sie sich früher und unruhndlicher nicht geändert werden kann. Wir wurden abgewiesen. In der neuen Session wurde sogar von höchster Stelle die Reform des preussischen Wahlrechts als dringend bezeichnet, und wir freuten uns wieder. Auf unsere Interpellationen bekamen wir aber immer dieselbe ministerielle Antwort: „Man ist mit den Vorarbeiten beschäftigt.“ Das ist das System, das — ich spreche aus 34jähriger parlamentarischer Tätigkeit — nie zum Ziele führt!

Warum ist die Reform des Wahlrechts so wichtig? Ich erlaube es aus historischen und völkergeschichtlichen Momenten heraus für direkt überpersönliches, in einem Bundesstaate, wie Deutschland, Einigkeit in allem herzustellen. Aber das Fundament muß gleich sein. Preußen spielt im Deutschen Reich eine verhängnisvolle Rolle, denn es kann, wenn es will, ganz Deutsch und majorisieren, und deshalb sind die Volksovertreter — so lange ein neues Wahlrecht nicht geschaffen wird — Karikaturen. (Sehr richtig!)

Das berechtigte Wahlrecht basiert auf der Vererbung von Jahre 1849 und auf Verbesserungen von Jahre 1890. Damals wurde das Dreiklassen-System geschaffen, das für die heutigen Verhältnisse absolut nicht mehr entsprechend ist. Auch die einst getragene große Zahl der Kandidaten kommt heute nicht mehr in Betracht. Auf die Frage, welches das beste Wahlrecht sei, gibt es nur eine Antwort: das allgemeine, direkte, geheime Wahlrecht. Wenn es keine Unterschiede zwischen Staatsbürgern geben soll, die alle durch die allgemeine Wahlpflicht für ihr Land gegebenenfalls Gut und Blut lassen müssen, dann muß auch volle Gleichberechtigung der Bürger im Innern des Vaterlandes vorhanden sein.

Die Wahlrechtsreform besteht seit dem Jahre 1860 und zeigt ihre Unzulänglichkeit am besten darin, daß auf der einen Seite alle großen Städte gegen kleine Orte durch die Reform des Wahlrechts geschädigt wurden, so habe ich ihnen Bismarcks Worte entgegen: „Die Wahl soll die Photographie der Stimmung im Lande sein.“ Wenn aber eine Partei auf dem Bilde weg bleibt, so wird die Zeichnung schiefer und falsch. Die Regierung soll aber ein richtiges, wahres Bild haben. Der heutige vorkriegsartige Einfluß des Parlaments greift auf die Regierung und der Einfluß der Regierung schädlich auf unsere Gesetzgebung über. Daher ist es unsere Pflicht, für die Reformen des Wahlrechts ganz einzutreten.

Die so häufig derzeit behandelte Frage der Finanzreform ist nichts anderes, als eine neue Wucherform für neue Steuern. Die Finanzen des Deutschen Reiches stehen schlecht, und die Schuldentlastung übersteigt schon 4 Milliarden. Das Ziel der neuen Finanzreform ist es, die deutschen Einnahmen um 500 Millionen Mark zu vermindern. Die Quelle ist wie immer das Portemonnaie des Steuerzahlers. Wie groß die Verden des ansehenden Bürgers aber sind, beruht am besten die bereits durchgeführte und notwendige Erhöhung der Beamtengehälter. Die Nachschäfer ist neu und nicht ungerecht. Der Protest der Großgrundbesitzer scheint aber den Reichstagen zum Zurückweichen zu bringen. Wir bleiben jedoch auf dem Standpunkt der Nachschäfer, und falls wir damit nicht durchbringen, fordern wir die Vermögenssteuer. Auf die Marktanteile beiträge legen wir großen Wert, da sie in anderen Staaten zur Deckung der Differenz der Posten bei Übersteigerung der Aktivität der Staatsbürgen verwendet werden. Die anderen neuen Steuern, die Branntwein-, Bier- und Zigarettensteuer, würden mit blutigen Herzen bewilligt und zu einer blutigen Person werden. Der Geist des Fortschritts aber die Einführung einer Kohlensteuer. Auch die so oft erwähnte Kassebesteuerung weise er zurück.

Mit der Erledigung der Finanzreform und der Wahlrechtsreform sind unsere Wünsche noch nicht erschöpft. Dann beginnt erst der Kampf zweier Weltanschauungen. Graf Polodowsky sagte einmal: „Sich den Fortschritten eines fortschreitenden Geistes entgegenstellen, heißt nicht konservativ, sondern reaktionär zu sein.“ Und unsere Konservativen sind reaktionär! Dagegen ist der Liberalismus eine Weltanschauung, auf die eine gesunde Entwicklung der Ordnung der Dinge gegründet ist. Der Liberalismus will jedoch erreicht werden, er will jedoch das eine fortschreitende Geistes kommen wir noch so weit, das im liberalen Lager der Parteifreie aufhört und wir das Glück haben, die Macht unseres Vaterlandes vereint zu verwalten! (Anbauender, tosender Beifall.)

Der zweite Redner war Abg. Sommer. Er gestellte in trefflichen Worten das für das Vaterland so verhängnisvolle persönliche Regiment, die auswärtige Politik und ihre unaussprechlichen Folgen. Die anmaßende Selbstherrlichkeit und Voreingenommenheit der Aristokratie und der obersten politischen Beamten würde verderbenbringend. Volkstümliche Reformen sind daher unserem Vaterlande in erster Linie dringend notwendig. Redner forderte zur Herstellung der inneren Einheit unseres gesamten Volkslebens die allgemeine simultane Volksschule als Grundlage der ganzen Volksbildung bis zu den Höfen, von denen Kunst und Wissenschaft ausstrahlen. Aber den befähigten und aufstrebenden Kräften im Volke muß auch die Bahn zur Betätigung im öffentlichen Leben freigemacht werden, wenn ihre Wege auch nur in einfacher Hütte stand. Der Vortragende schloß seine Ausführungen mit einem warmen Appell an die Parteigenossen zu politischer Betätigung in freisinnigem Sinne, denn nur so könne die angestrebte Gesundung unseres Volkes erreicht werden. Der ungewöhnlich lebhaft und anhaltend gehobene Beifall, der am Schluß minutenlang währte, war der beste Beweis, daß die Zuhörerschaft mit den Ausführungen der beiden Redner vollständig einverstanden war.

Nachdem noch der Leiter der Versammlung die liberalen Vereine aufgefordert hatte, schloß er die ungestört verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf Kaiser und Vaterland.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 2. März 1909.

Starker Schneefall trat am Sonntag ein und fleidete Stadt und Dorf, Feld und Fluß wieder in ein dichtes winterliches Gewand. Auch in Mitteldeutschland wird neue Schneemassen niedergegangen, so daß bei Tauwetter die Gefahr einer wiederholten Überchwemmung immer näher rückt. Die Wettervorhersage des Meteorologen Bürgel kündigt auch für den März starke Niederschläge, Schnee, Hagel und Regen an. Das kann demnach nicht werden. Erst vom 26. ab sollen sonnige Tage zu erwarten sein. Warten wir's ab. Am 21. März ist der stärkste kritische Termin des ersten Halbjahres, das Erdbeben und ähnliche Katastrophen im Gefolge haben soll. Das Thermometer verzeichnet gestern in den Mittagstunden 3 Grad R. Wärme.

Der Bezirksrat der Freisinnigen Volkspartei, der am Sonntag unter zahlreicher Teilnahme auch hiesiger Parteifreunde in Halle abgehalten wurde, beschloß u. a. den nächstjährigen Bezirksrat im Jahre 1910 in unserer Stadt abzuhalten.

Für die Überschwemmungen in der Altmärk gingen in unserer Geschäftsstelle weiter ein: Frau L. S. 2 Mk., Ungenannt 4,25 Mk., M. 1 Mk.,

Familie N. 1 Mk., Ungenannt 2 Mk., Ungenannt 0,50 Mk., Sammlung der Gemeinde Runkst 32 Mk., 100" 3 Mk., Hans 1 Mk., Herr Eisenbahn-Assistent a. D. Gerber 2 Mk., Sammlung beim Familienabend des kirchlichen Vereins des Neumarkts 23,60 Mk., Sammlung beim Stiftungsfest des Buchbrüder-Vereins „Gutenberg“ 13,50 Mk., Herr Pensionär A. Jbr. 2 Mk., Silberhochzeit Hyronimus 4,50 Mk., Herr Kim. M. Runk 10 Mk., Frau Naumann 1 Mk., Frau E. Meißner 10 Mk., M. M. 1 Mk., Stammtisch 6 Gul. Grobe (Geißelschloßen) 18,82 Mk., Herr Heinrich Richter 2 Mk., Herr Rehn-Rat Paul Goering 10 Mk., Mutter und Tochter 3 Mk., Herr Sekt. 3 Mk., Herr Sekt. D. 2 Mk., Herr Direktor Schulze 5 Mk., Fr. A. 1 Mk., Frau Jarling 3 Mk., Ungenannt 1 Mk., insgesamt mit den bereits quittierten Beträgen 1 052,52 Mk., wovon wir Montag abend als letzte Rate 200 Mk. an die Sammelstelle in Magdeburg abführten.

Der Verein ehem. Artilleristen in Merseburg und Umgebung feierte am Sonnabend abend im Tirol sein 28. Stiftungsfest. Die Mitglieder des Vereins mit ihren Angehörigen und Freunde der Kriegereinsätze hatten sich zahlreich eingefunden und folgten den abwechslungsreichen Darbietungen des Abends mit lebhaftem Interesse. Nach einleitenden Musikstücken unserer bewährten Stadtkapelle sprach Fr. Doretel in wirkungsvollen Worten den Prolog, der die Ziele und Bestrebungen der Kriegereinsätze für König und Vaterland verklärte. Sodann begrüßte der Vorliegende des Vereins, Herr Gen.-Kommissionssekretär C. Harbert, in trefflicher Ansprache die Gäste und Kameraden, wies auf die hervorragende Pflege der Kameradschaft und Vaterlandliebe im Vereine hin und forderte die Anwesenden auf, ihre unerschöpfliche Treue zu Kaiser und Reich mit einem Hoch auf den obersten Kriegsherrn und das deutsche Vaterland zu bekunden. Mit Beglückung wurde in das Hoch eingestimmt, dem der Gesang der Nationalhymne folgte. Im weiteren Verlaufe des Abends teilte der Vorliegende noch mit, daß der Verein das langjährige treue Mitglied, Herrn Karl Heuschkel, zum Ehrenmitglied ernannt habe. Das Programm bot neben konzertistischen mehrere gut vorgetragene Vorträge und humoristische Unterhaltungen. Als Theaterstück ging der Einakter „Hofluft“ von Hanow über die Bretter. Die Darsteller erfüllten ihre Aufgaben nach bestem Können und der reichlich gehendete Beifall bewies, daß die Zuhörer mit den Leistungen zufrieden waren. Ein Ball bildete den Abschluß des in jeder Hinsicht vorzüglich verlaufenen Stiftungsfestes.

Sein 22. Stiftungsfest beging der hiesige Buchdruckerverein „Gutenberg“ am Sonnabend in der Reichstrasse durch Konzert, Theater und Ball. In ansehnlicher Zahl hatten sich die Gäste des Vereins eingefunden, um im Kreise der Jünger Gutenberg's einige frohe Stunden zu verleben. Nach einigen einleitenden Orchesterstücken verberichtete eine junge Dame in einem ausdrucksvoll gesprochenen Prolog Gutenberg's schwarze Kunst, worauf einige humorvolle Couplets sowie die zwei Einakter „Zum grünen Fel“ und „Der Dauschüssel“ oder „Kalt gestellt“ in recht guter Darstellung über die Bretter gingen. Die hierdurch bewirkte überaus fröhliche Stimmung leitete über zu den nachfolgenden Ball, der keine Pause in die ersten Stunden des jungen Tages zog und dem Feste einen würdigen Abschluß gab.

Am Sonnabend hielt der dramatische Verein „Gutere“ im „Cafino“ einen farnevalistischen Theater-Abend ab. Für angenehme und erheitende Unterhaltung sorgten zwei Theaterstücke, der Einakter „Der Drang Utang“ und der zweiaktige Schwanz „Die Gesjisterin“. Beide waren der Veranstaltung entsprechend von humoristischem Inhalt und wurden von den Spielern mit großem Geschick und gutem Erfolg zur Aufführung gebracht. Ein flotter Ball ließ auch die Langschläfer zu ihrem Rechte kommen und hielt diese bis lange nach Mitternacht in den gelächlichen Räumen beisammen.

Eine von Mitgliedern und Gästen gut besuchte humoristische Abendunterhaltung hatte am Sonntag der Männer-Gesangsverein „Tirol“ im „Tirol“ veranstaltet. Das äußerst reichhaltige, namentlich dem Humor gewidmete Programm enthielt neben mehreren recht befriedigend vorgetragenen Chorliedern verschiedene Couplets, Solojagen, Terzette und ein Theaterstück, betitelt „Räufmanns im Cafe Gishwürchen“. Hierdurch wurde hinreichende Gelegenheit geboten, tüchtig zu lachen, denn die Plecen kamen seitens der Mitwirkenden in höchst anerkennenswerter Weise zu Gehör. Namentlich das Theaterstück enthielt eine Fülle köstlichen Humors und weckte eine überaus fröhliche Stimmung, die auch während des noch folgenden flotten Tanzens bis zum Schluß des Abends anhielt.

Seidel-Sänger. Vor gänzlich ausverkauftem Hause traten am Sonntag abend in der „Reichstrasse“ hier Arthur Seidels Leipziger Sängers auf. Diese fidele Sängerschaft erwirbt sich

Laden
event. mit Wohnung per sofort oder später zu vermieten.
K. Rossberg, Burastraße 10.

Haus-Verkauf.
Reines freundliches Wohnhaus in Mitte der Stadt, für Handwerker passend, bei geringer Anzahlung zu verkaufen. Anfragen beiderseits unter **H V** die Exped. d. Blattes.

Grundstücks-Verkauf.
In der Coburgstraße gelegen ein gut erhaltenes Grundstück mit großem Hofraum und Zehrenten erwerbender Gebäude zu verkaufen. Nähere Auskunft erteilt
F. H. Knuth, St. Ritterstraße.
Suche per 1. Juli
2500 Mark
auf sichere Hypothek. Offerten unter **A Z** an die Exped. d. Bl.

Wer Geld braucht, a. Wech., Schuldlos, pap., a. 2 1/2, 4, 5 Proz. auch Rotenb., schreibe lo. a. **S. Goldberg, Berlin SW 61.** Willfürto.

Treffs Dienstag den 2. März mit einem großen Transport
Läuferschweine
preismert im Cathol. zur. "Gärten und Wein" ein.
Robert Nickel I,
Viehändler.

Haustauben und Zwerghühner
find zu verkaufen **Raustrasse 5**
Eine Kuh mit dem Kalbe sowie ein springfähiger Bullen
stehen zum Verkauf **Bliesen Nr. 12.**

Stechziebeln
zu verkaufen **Eitelberg 12**
2 fügen guten Kinderstühlen
verkauft **Moosstr. 11, vort.**

Wegzugsbalder ein
Kinderbetten mit Matratze
und ein vierfüßiger Kinderstühlchen
billig abzugeben **Welfenstr. 7 II.**

Kinderwagen
(gut erhalten) mit Gummireifen zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.
Gebrauchter Kinderwagen
mit Gummireifen leicht zum Verkauf
Rannstrasse 35, vort.

Mehrere **Fußten**
Sofas u. Weizenstroh
hat abzugeben
Friedrich Bohle, Sand 2.

In der Herberge zur Heimat, Güterstraße 12a, sind noch Wohn- und Schlafkammern an hier oder in der Umgegend arbeitende ledige Handwerkergehilfen, Arbeiter usw. zu vermieten. Preis pro Woche von 1.40 M. an; Frühstück mit Abend- und Sonntagmahl von 10 Pf. an; volle Verpflegung nach Vereinbarung.
Gute kräftige Mittag- und Abendkost wird auch an außer der Herberge Wohnende zu billigen Preisen verabreicht.
Die Herberge vermittelt auch Arbeit; Anfragen sind an den Hauswart, Güterstraße 12a, zu richten.
Der Vorstand.

Neue Gänsefedern
wie sie von der Gans gerupft, mit den sämtl. Daunen a. 100, 150 M., feinste Ia. forzierte Solddannen a. 100 M., 200 M., fetter Napf M. 2.25, gefüllte Feder mit Daunen a. 100, 150, 200 M., für weiße und harte Ware Garantie und keine nicht Ge- wünschtes auf meine Kosten zurück. Ver- gegen Mdn. **Carl Mantel, Neu Zerbinn 107 (Cherbrand), Gänsefiederanstalt**

Gehter Herr Apotheker!
Senden Sie mit nachmal 2 Dosen **"Pino-Gale"**. Sie sind Ihnen auch gleich meinen Dank auszusprechen für diese Salbe. Sie hatte in meinem Schränkchen 3 große Dosen, und ich habe vieles berichtet, aber alles umsonst. Nachdem ich nun noch 2 kleine Dosen verbraucht, ist mein Bein ganz verheilt. Sie habe Ihre Salbe auch schon weiter empfohlen.
Daten, 25./2.06.
G. Platz.
Diese Pino-Salbe wirkt mit Erfolg gegen Rheuma, Gicht und Gelenk- leiden angenehm, und ist in Dosen à M. 1.15 und M. 2.25 in den Apotheken erhältlich, aber nur bei in Original- verpackung weiß-grün-rot und blaue Schachtel & Co., Weinbichler-Druck. Billigungen weißt man gerade

Skaiformulare
hält vorrätig
Buchhandlung **Th. Büsser,**
Merseburg, Kluge 9.

Magdeburger Privat-Bank Zweigniederlassung Merseburg, 28. Februar 1906.

Deutsche Fonds.		Ausländische Fonds.	
Titel	Kurs	Titel	Kurs
Reichs-Sch.-Anl. (g. 1. 4. 12)	101.70 bzG	Argentinien v. 96	87.70 bzG
do. do. 1. 7. 12	101.70 bzG	äußere 88	47.50 G
do. do. 1. 10. 08	101.70 bzG	Ethiopische Anl. v. 1906	90.60 bzG
do. do. 1. 4. 09	101.70 bzG	Chine, G.-M. von 1908	101.50 bzB
Deutsche Reichs-Anl.	103.40 bzG	do. von 1898	87.80 bz
do. do.	103.40 bzG	Griechisch 5% 1881	100.49 5/8 bzG
do. do.	103.40 bzG	do. Rom. 21. 4% 0	95.30 bzG
Deutsche Schatzg.-Anl.	102.20 bzG	Japan. Anleihe II	101.75 G
Preuß. Staats-Anl.	103.50 bzG	do. von 1905	88.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	Italien. Rente konz.	94.20 G
do. do.	103.50 bzG	do. konz. Rente	98.50 bz
do. do.	103.50 bzG	do. do. Goldr.	98.50 bz
do. do.	103.50 bzG	Rumän. von 1905	93.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. von 1890	89.25 bzG
do. do.	103.50 bzG	Russ. v. 1905 unt. bis 1917	84.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. n. 1902 unt. bis 1915	84.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	San Paulo Est. Geb.	146.25 bz
do. do.	103.50 bzG	Türken-Lose a. Cpb.	93.75 bz
do. do.	103.50 bzG	Ung. Gold-R.	92.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. Kr.-R.	92.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	Argentinien v. 96	87.70 bzG
do. do.	103.50 bzG	äußere 88	47.50 G
do. do.	103.50 bzG	Ethiopische Anl. v. 1906	90.60 bzG
do. do.	103.50 bzG	Chine, G.-M. von 1908	101.50 bzB
do. do.	103.50 bzG	do. von 1898	87.80 bz
do. do.	103.50 bzG	Griechisch 5% 1881	100.49 5/8 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. Rom. 21. 4% 0	95.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	Japan. Anleihe II	101.75 G
do. do.	103.50 bzG	do. von 1905	88.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	Italien. Rente konz.	94.20 G
do. do.	103.50 bzG	do. konz. Rente	98.50 bz
do. do.	103.50 bzG	do. do. Goldr.	98.50 bz
do. do.	103.50 bzG	Rumän. von 1905	93.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. von 1890	89.25 bzG
do. do.	103.50 bzG	Russ. v. 1905 unt. bis 1917	84.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. n. 1902 unt. bis 1915	84.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	San Paulo Est. Geb.	146.25 bz
do. do.	103.50 bzG	Türken-Lose a. Cpb.	93.75 bz
do. do.	103.50 bzG	Ung. Gold-R.	92.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. Kr.-R.	92.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	Argentinien v. 96	87.70 bzG
do. do.	103.50 bzG	äußere 88	47.50 G
do. do.	103.50 bzG	Ethiopische Anl. v. 1906	90.60 bzG
do. do.	103.50 bzG	Chine, G.-M. von 1908	101.50 bzB
do. do.	103.50 bzG	do. von 1898	87.80 bz
do. do.	103.50 bzG	Griechisch 5% 1881	100.49 5/8 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. Rom. 21. 4% 0	95.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	Japan. Anleihe II	101.75 G
do. do.	103.50 bzG	do. von 1905	88.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	Italien. Rente konz.	94.20 G
do. do.	103.50 bzG	do. konz. Rente	98.50 bz
do. do.	103.50 bzG	do. do. Goldr.	98.50 bz
do. do.	103.50 bzG	Rumän. von 1905	93.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. von 1890	89.25 bzG
do. do.	103.50 bzG	Russ. v. 1905 unt. bis 1917	84.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. n. 1902 unt. bis 1915	84.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	San Paulo Est. Geb.	146.25 bz
do. do.	103.50 bzG	Türken-Lose a. Cpb.	93.75 bz
do. do.	103.50 bzG	Ung. Gold-R.	92.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. Kr.-R.	92.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	Argentinien v. 96	87.70 bzG
do. do.	103.50 bzG	äußere 88	47.50 G
do. do.	103.50 bzG	Ethiopische Anl. v. 1906	90.60 bzG
do. do.	103.50 bzG	Chine, G.-M. von 1908	101.50 bzB
do. do.	103.50 bzG	do. von 1898	87.80 bz
do. do.	103.50 bzG	Griechisch 5% 1881	100.49 5/8 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. Rom. 21. 4% 0	95.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	Japan. Anleihe II	101.75 G
do. do.	103.50 bzG	do. von 1905	88.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	Italien. Rente konz.	94.20 G
do. do.	103.50 bzG	do. konz. Rente	98.50 bz
do. do.	103.50 bzG	do. do. Goldr.	98.50 bz
do. do.	103.50 bzG	Rumän. von 1905	93.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. von 1890	89.25 bzG
do. do.	103.50 bzG	Russ. v. 1905 unt. bis 1917	84.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. n. 1902 unt. bis 1915	84.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	San Paulo Est. Geb.	146.25 bz
do. do.	103.50 bzG	Türken-Lose a. Cpb.	93.75 bz
do. do.	103.50 bzG	Ung. Gold-R.	92.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. Kr.-R.	92.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	Argentinien v. 96	87.70 bzG
do. do.	103.50 bzG	äußere 88	47.50 G
do. do.	103.50 bzG	Ethiopische Anl. v. 1906	90.60 bzG
do. do.	103.50 bzG	Chine, G.-M. von 1908	101.50 bzB
do. do.	103.50 bzG	do. von 1898	87.80 bz
do. do.	103.50 bzG	Griechisch 5% 1881	100.49 5/8 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. Rom. 21. 4% 0	95.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	Japan. Anleihe II	101.75 G
do. do.	103.50 bzG	do. von 1905	88.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	Italien. Rente konz.	94.20 G
do. do.	103.50 bzG	do. konz. Rente	98.50 bz
do. do.	103.50 bzG	do. do. Goldr.	98.50 bz
do. do.	103.50 bzG	Rumän. von 1905	93.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. von 1890	89.25 bzG
do. do.	103.50 bzG	Russ. v. 1905 unt. bis 1917	84.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. n. 1902 unt. bis 1915	84.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	San Paulo Est. Geb.	146.25 bz
do. do.	103.50 bzG	Türken-Lose a. Cpb.	93.75 bz
do. do.	103.50 bzG	Ung. Gold-R.	92.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. Kr.-R.	92.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	Argentinien v. 96	87.70 bzG
do. do.	103.50 bzG	äußere 88	47.50 G
do. do.	103.50 bzG	Ethiopische Anl. v. 1906	90.60 bzG
do. do.	103.50 bzG	Chine, G.-M. von 1908	101.50 bzB
do. do.	103.50 bzG	do. von 1898	87.80 bz
do. do.	103.50 bzG	Griechisch 5% 1881	100.49 5/8 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. Rom. 21. 4% 0	95.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	Japan. Anleihe II	101.75 G
do. do.	103.50 bzG	do. von 1905	88.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	Italien. Rente konz.	94.20 G
do. do.	103.50 bzG	do. konz. Rente	98.50 bz
do. do.	103.50 bzG	do. do. Goldr.	98.50 bz
do. do.	103.50 bzG	Rumän. von 1905	93.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. von 1890	89.25 bzG
do. do.	103.50 bzG	Russ. v. 1905 unt. bis 1917	84.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. n. 1902 unt. bis 1915	84.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	San Paulo Est. Geb.	146.25 bz
do. do.	103.50 bzG	Türken-Lose a. Cpb.	93.75 bz
do. do.	103.50 bzG	Ung. Gold-R.	92.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. Kr.-R.	92.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	Argentinien v. 96	87.70 bzG
do. do.	103.50 bzG	äußere 88	47.50 G
do. do.	103.50 bzG	Ethiopische Anl. v. 1906	90.60 bzG
do. do.	103.50 bzG	Chine, G.-M. von 1908	101.50 bzB
do. do.	103.50 bzG	do. von 1898	87.80 bz
do. do.	103.50 bzG	Griechisch 5% 1881	100.49 5/8 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. Rom. 21. 4% 0	95.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	Japan. Anleihe II	101.75 G
do. do.	103.50 bzG	do. von 1905	88.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	Italien. Rente konz.	94.20 G
do. do.	103.50 bzG	do. konz. Rente	98.50 bz
do. do.	103.50 bzG	do. do. Goldr.	98.50 bz
do. do.	103.50 bzG	Rumän. von 1905	93.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. von 1890	89.25 bzG
do. do.	103.50 bzG	Russ. v. 1905 unt. bis 1917	84.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. n. 1902 unt. bis 1915	84.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	San Paulo Est. Geb.	146.25 bz
do. do.	103.50 bzG	Türken-Lose a. Cpb.	93.75 bz
do. do.	103.50 bzG	Ung. Gold-R.	92.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. Kr.-R.	92.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	Argentinien v. 96	87.70 bzG
do. do.	103.50 bzG	äußere 88	47.50 G
do. do.	103.50 bzG	Ethiopische Anl. v. 1906	90.60 bzG
do. do.	103.50 bzG	Chine, G.-M. von 1908	101.50 bzB
do. do.	103.50 bzG	do. von 1898	87.80 bz
do. do.	103.50 bzG	Griechisch 5% 1881	100.49 5/8 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. Rom. 21. 4% 0	95.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	Japan. Anleihe II	101.75 G
do. do.	103.50 bzG	do. von 1905	88.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	Italien. Rente konz.	94.20 G
do. do.	103.50 bzG	do. konz. Rente	98.50 bz
do. do.	103.50 bzG	do. do. Goldr.	98.50 bz
do. do.	103.50 bzG	Rumän. von 1905	93.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. von 1890	89.25 bzG
do. do.	103.50 bzG	Russ. v. 1905 unt. bis 1917	84.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. n. 1902 unt. bis 1915	84.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	San Paulo Est. Geb.	146.25 bz
do. do.	103.50 bzG	Türken-Lose a. Cpb.	93.75 bz
do. do.	103.50 bzG	Ung. Gold-R.	92.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. Kr.-R.	92.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	Argentinien v. 96	87.70 bzG
do. do.	103.50 bzG	äußere 88	47.50 G
do. do.	103.50 bzG	Ethiopische Anl. v. 1906	90.60 bzG
do. do.	103.50 bzG	Chine, G.-M. von 1908	101.50 bzB
do. do.	103.50 bzG	do. von 1898	87.80 bz
do. do.	103.50 bzG	Griechisch 5% 1881	100.49 5/8 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. Rom. 21. 4% 0	95.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	Japan. Anleihe II	101.75 G
do. do.	103.50 bzG	do. von 1905	88.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	Italien. Rente konz.	94.20 G
do. do.	103.50 bzG	do. konz. Rente	98.50 bz
do. do.	103.50 bzG	do. do. Goldr.	98.50 bz
do. do.	103.50 bzG	Rumän. von 1905	93.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. von 1890	89.25 bzG
do. do.	103.50 bzG	Russ. v. 1905 unt. bis 1917	84.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. n. 1902 unt. bis 1915	84.30 bzG
do. do.	103.50 bzG	San Paulo Est. Geb.	146.25 bz
do. do.	103.50 bzG	Türken-Lose a. Cpb.	93.75 bz
do. do.	103.50 bzG	Ung. Gold-R.	92.20 bzG
do. do.	103.50 bzG	do. Kr.-R.	92.20 bzG
do. do.	103.50 bz		

Correspondent.

Bezugspreis Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, monatlich 1 Mark 20 Pf., durch
unseren Verleger in der Stadt u. auf d. Lande 1,20 Mark, monatlich 40 Pfennig, 50 Pf.
Einzelnummer 5 Pf., nach außerhalb mit Portozuschlag. — Das Blatt erscheint wöchentlich
6 mal wöchentlich, mit Ausnahme der Tage nach dem 1. Febr. in den Monatsheften
der Stadt am Abend, — Abnahme unserer Originalzeichnungen nur mit deutscher
Postanweisung gestattet. — Für Rückgabe unersandter Briefe werden keine Rückzahlungen
gemacht.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
essig, illustr. Sonntagsblatt mit
14 tägiger Modebeilage.
essig, landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilagenoberer Raum f. Stadt u. Kreis Merseburg
10 Pf., auswärtige 15 Pf., Kleinzeilen 25 Pf., Kleinzeile
30 Pf., bei langjährigem Geh. ermäßigter Preiskurs. Gebühr für Extrablätter
nach Uebereinstimmung. Für Anzeigen in den Offiziellen und besonderen
nach Uebereinstimmung. — Verlagsort Merseburg.
Der Preis für den Anzeigenteil ist für den Anzeigenteil.
jeweils 10 Uhr mittags, für Familienanzeigen bis 12 Uhr mittags.

Nr. 51.

Dienstag den 2. März 1909.

35. Jahrg.

Die Schmach von Alzey-Bingen.

Das unerhörte, kaum ausdenkbare ist geschehen: Der Wahlkreis eines Ludwig Bamberg und Reinhard Schmidt ist in die Hände der ultramontanen Reaktion gefallen, das Zentrum hat gegen in einem zu 56 % evangelischen Bezirk. Der Liberalismus ist in einem als Hort des Liberalismus gepriesenen Kreise gestürzt worden durch Leute, die den traurigen Mut haben, sich auch Liberale zu nennen. Ein geistig hervorragender Vertreter fortschrittlicher Ideen muß einem kleinen Verlegenheitskandidaten weichen!

Der schwarz blaue Bund hat in Alzey-Bingen seine Schuldigkeit getan — ebenso wie schon bei den letzten gewöhnlichen Landtagswahlen. Das unantastliche Bündnis der Nationalliberalen mit dem Zentrum hat zu einem schmachvollen Ergebnis geführt, zu einem Ergebnis, das den dunkelsten Fleck bilden wird in der Geschichte der nationalliberalen Partei. Die Mitglieder dieser Partei haben sich nicht geschämt, den freisinnigen Kandidaten niederzukommen — ad majorem gloriam der Zentrumsgruppe, die einer alten Sage zufolge der Lobpreis des Nationalliberalismus sein soll. Nationalliberale und Zentrum haben ein widerwärtiges politisch-verwerfliches Bündnis geschlossen, das jetzt dem Zentrum, 1912 den Nationalliberalen den Kreis sichern soll.

In einer Zeit, wo alle Welt schreit nach einer Einigung des Liberalismus, nach der Anbahnung einer ausliberalen Bewegung begehren angeblich liberale Männer einen schändlichen Verrat an der gemeinsamen liberalen Sache!

In einer Zeit, die charakterisiert wird durch die Behauptungen, das Volksgedächtnis aufrecht zu erhalten, begehrt die Partei, die in sich den Gedanken der Blockbildung am reinsten verkörpert, den von ihrem eigenen Standpunkte aus geradezu verwerflichen, politischen Wahnsinn, den Antisibot zu Ungunsten der Blockparteien um ein Mandat zu stärken!

In einer Zeit, die noch erfüllt ist von der Erinnerung an die unheimlichste, im Interesse des Liberalismus erfolgte Unterstützung der Nationalliberalen in Siegen durch die Freisinnigen bringen es die Nationalliberalen fertig, sich in schwärzestem Unsdank zu ergehen und einen freisinnigen Stichwahlkandidaten zu Gunsten eines ultramontanen Mannes zu opfern! Die Freisinnigen sollen dafür gut sein, den Nationalliberalen die Stimmzettel aus dem Feuer zu holen. Ihnen selbst aber seien die Nationalliberalen den Stuhl vor die Tür. Die Freisinnigen werden es sich in Zukunft sehr überlegen, ob sie diese Rolle weiter spielen wollen.

In Hessen ist der Nationalliberalismus aufs engste verknüpft und verflocht mit dem egoistischen Bündertum, das im Laufe der Jahre der Partei allen Liberalismus aus den Gliedern gezogen hat. Die Stichwahl in Alzey-Bingen liefert den Beweis, wie recht die Freisinnigen in Hessen hatten, wenn sie die Nationalliberalen als den Feind betrachteten, als einen besonders bedenklichen Feind, weil er sich noch immer in das Mäntelchen des Liberalismus hüllt. Unseren Freunden in Hessen gereicht es zum Ruhmestitel, daß sie in Erkenntnis dieser Schmach nicht um die Stimmen der ausgefallenen Nationalliberalen geworren, sondern ihnen die Entscheidung selbst überlassen haben.

Die nationalliberale Partei ist durch den Ausfall der Wahl bis auf die Knochen blamiert. Wir wissen, daß viel Nationalliberale außerhalb Hessens, und namentlich nationalliberale Reichstagsabgeordnete, tief unglücklich sind über die unglückliche politische Verdrängung ihrer sogenannten Genossen in Hessen. Und es muß in diesem Zusammenhang aufgestellt werden, daß der geschäftsführende Ausschuss der Partei — wenn auch allerdings erst in allerletzter Stunde — die Parole „unbedingt für Korrell“ ausgegeben hatte. — Aber was nützt politische Stellungnahme der leitenden Männer der Partei, wenn diese nicht in der Lage sind, ihren Willen und ihre selbstverständliche Stichwahlparole ihren Anhängern aufzuzeigen? Die Stichwahl hat gezeigt, daß in der nationalliberalen

Partei keine Spur von Disziplin, keine Spur von Gemeinbürgerschaft vorhanden ist. Das Vorkaufskomitee ließ sich, unbeeinträchtigt von den Vorstellungen aus Berlin, lediglich leiten von seiner engbegrenzten Richtungslosigkeit und seinem blöden Haß gegen einen überlegenen Geist wie Korrell. Das nachträgliche Lamentieren, das nun jetzt wohl in nationalliberalen Kreisen einsetzt — denn man ist klug genug, zu empfinden, wie sehr Alzey-Bingen der Partei schaden wird! — hat keinen Wert, wenn nicht die leitenden Kreise den Mut finden, zwischen sich und den heftigsten Nationalliberalen das Tischrecht zu zerbrechen. Sind sie dazu nicht imstande, so werden sie es sich gefallen lassen müssen, als mitschuldig an dem Skandal angesehen zu werden. Alzey-Bingen wäre dann ein unglückliches Verfallsanzeichen der nationalliberalen Partei.

Zur Reichsfinanzreform.

Die offiziöse „Neue Reichsrevue“ schreibt: Die letzten Verhandlungen der Finanzkommission des Reichstages über die Reichsfinanzreform lassen deutlich erkennen, wie fehlerhaft vom finanz- und allgemeinpolitischen Standpunkte die Bekämpfung der Nachlasssteuer seitens eines großen Teils der nationalen Mehrheit des Reichstages ist. Bei dem Veruche, diese Steuer durch eine andere Art der Besteuerung des Vermögens zu ersetzen, läuft man offensichtlich Gefahr, auf ein totes Geleise zu geraten und das Ziel der Reichsfinanzreform zu verfehlen. Selbst wenn die von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Verbrauchsabgaben in voller Höhe bewilligt würden, müßte die Abwälzung von ungefähr 150 Millionen auf die Bundesstaaten als ein durchaus unbefriedigendes Notbehelf bezeichnet werden, von dem eine dauernde Neuordnung des finanziellen Verhältnisses des Reiches zu seinen Gliedern nicht zu erwarten ist. Würde also nach dieser Richtung ein befriedigender und dauernder Abschluß keineswegs erreicht werden, so steht, sofern auf die Mitarbeit der Liberalen verzichtet werden müßte, auch noch im minderen nicht fest, in welcher Höhe Mehreinnahmen aus Verbrauchsabgaben zu erlangen sein würden. Die Zentrumspolitik, welche stets darauf gerichtet war, dem Reiche die erforderlichen Deckungsmittel nicht in voller Höhe des dauernden Bedarfs zu bewilligen, damit die Regierung immer wieder an den Reichstag herantreten müßte, läßt nach dieser Richtung hin Schlimmes befürchten. Die Gefahr liegt also vor, daß man wieder flüchtiger wie im Jahre 1906 mache, und demzufolge in der allernächsten Zeit wieder die Steuererhöhung angezogen werden müßte. Wäre ein solcher Ausgang vom finanzpolitischen Standpunkte nichts anderes als ein völliger Fehlschlag, so würde das alsdann zu gewärtigende Auseinanderfallen der aus den Reichstagswahlen von 1907 hervorgegangenen Mehrheit einen nicht minder erschwerenden Rückschlag auf allgemeinpolitischen Gebiete bedeuten. So sind die Forderungen, welche, sofern man nicht noch in letzter Stunde einen anderen Ausweg findet, die Bekämpfung der Nachlasssteuer innerhalb der Glieder der nationalen Mehrheit dringend zur Umkehr mahnen müßte. Gegenüber den schweren Nachteilen, welche vom nationalen Standpunkte nicht die Bekämpfung der Nachlasssteuer offenbar mit sich bringt, können doch die dagegen zu erhebenden Bedenken, welche zu einem guten Teile doch von dem Bedürfnis der Leitung des Bundes der Landeswirte herühren, sich einen neuen Agitationsstoff zu verschaffen, nicht entscheidend in die Waagschale fallen.

Der unerwünschte Widerstand der einzelstaatlichen Regierungen gegen Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer ist bekannt. Auch gegenüber den neuen Vorschlägen und Anträgen in der Finanzkommission des Reichstages haben die einzelstaatlichen Finanzminister mit aller Entschiedenheit an dieser Auffassung festgehalten. Sie

kommt auch zum Ausdruck in einer Betrachtung des Anhaltischen Staats Anzeigers, worin es u. a. heißt: „Sollte es in der Tat nicht gelingen, die Nachlasssteuer, an der die Reichsregierung unbedingt festhält, unter Dach und Fach zu bringen, so müßte dies das Gelingen der ganzen Finanzreform allerdings auf schwerste gefährden. Mit einem Winkgen sind durchgreifende Reform unserer Reichsfinanzen wäre zugleich das Schicksal der Einzelstaaten besiegelt, d. h. die Summe der ungedeckten Materialbeiträge würde eine so exorbitante Höhe erreichen, daß die meisten Einzelstaaten ganz außer Stande wären sie zu entrichten. Es kann doch aber unmöglich die Aufgabe eines föderativen Staatenbundes, wie ihn das Deutsche Reich darstellt, sein, seine einzelnen Glieder zum Ruin zu treiben — das wäre gleichbedeutend mit dem Selbstmord des Gesamtstaates. Deshalb muß die finanzielle Not des Reiches nun endlich einmal gründlich beseitigt werden, und zwar von Reichs wegen und nicht durch ein abermaliges Abschließen auf die Schultern der Einzelstaaten.“

... Wer aber die historisch begründete Tatsache anerkennt, daß die Deutsche, die wirtschaftliche wie auch die geistige Kultur Deutschlands gerade auf seinem föderativen Charakter beruht — was vor 1870/71 politisch die Schwäche Deutschlands war, ist nun seine Stärke —, der wird sich gegen jede derartige tendenziöse Schwächung der Einzelstaaten erklären müssen. Denn sie schließt zugleich eine Schwächung des Gesamtstaates in sich. Darum gilt es für den jetzigen Deutschen Reichstag, die Worte zu beherzigen, die der Reichstagskanzler dieser Tage den nationalen Ausschüssen in Dresden ausgesprochen hat: Wir Deutsche müßten aus unserer Geschichte nichts gelernt haben, wenn wir uns jetzt nicht endlich zu einer Ordnung unserer Finanzverhältnisse durchzurufen vermöchten, die unseres Reiches Lebensbedürfnis ist! Möge dies Kanzlerwort bei der verantwortlichen Reichstagsmehrheit ein offenes Ohr finden. Nur wenn ganze Arbeit getan wird, wenn die Ertrag versprechenden indirekten Steuerorschläge Schwund und wenn die Besteuerung der Verzehrenden in irgend einer Form angenommen wird, ist auf eine Befreiung der Reichsfinanzen zu hoffen. Dieser „Notfrei“ — so darf man diese Forderung wohl nennen — kommt aus dem Reichstag, er ist die Forderung der Einzelstaaten in letzter Linie in dem Reichstag.



ich ich - wie schon Der Groß- den Besch- ung nach patriotisch nachmittags in der der sich für Beginn des in ist für imfrage in Fülle hat stana inter- garischen te Schein e ebemals - Ungarn er ge- zentret. Die unglückliche Verdrängung eine offizielle Mitteilung des Boykott Syndikats, in der dieses einseitig erklärt, daß der Boykott am Freitag sein Ende erreicht habe. Der Inhalt des Ententeprotokolls. Das am Freitag unterzeichnete Ententeprotokoll erklärt im Artikel 1 den Reichstag Ungarns auf alle Rechte in Sanftmut vorzubazur. Der Artikel 2 bestimmt: